



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/176 - 3.8.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 880

Hinweise  
auf den Inhalt:

Am Vorabend der Konferenz für die friedliche Verwendung der Atomenergie	S. 1
Um Israels neue Regierung	S. 3
Truppenvertrag und Wohnungsbeschleßnahmen	S. 4
Nachgefechte im BRB	S. 6

## Von Hiroshima nach Genf

### Ein Weg zwischen Furcht und Hoffnung

PR. Am 6. August 1945, vor 10 Jahren, fiel die erste Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima, drei Tage später die zweite, schwerere auf Nagasaki. Die Folgen waren wahrhaft furchtbar. Aber in den lähmenden Schrecken, der die Menschen befiel, mischte sich damals auch ein gewisses Aufatmen darüber, dass der Krieg damit nun zu Ende ging.

Am 8. August 1955, 10 Jahre später, wird in Genf eine internationale Konferenz für die friedliche Anwendung der Atomenergie zusammengetreten, bestehend vor allem aus Wissenschaftlern aus über 60 Ländern, eine der größten und bedeutungsvollsten internationalen Zusammenkünfte, die je stattgefunden haben. Wenn dieser Konferenzbeginn leider noch keineswegs die Überwindung der Gefahren einer künftigen kriegerischen Verwendung dieser unheimlichen Elementarkraft bedeutet, so schließt er doch andererseits die große Hoffnung auf einen gewaltigen Fortschritt der zivilisatorischen Entwicklung ein.

Das widerspruchsvolle, beklemmende Nebeneinander von Fluch und Segen, von Furcht und Hoffnung, hat den Weg des gespaltenen Atoms in den vergangenen 10 Jahren unentwegt begleitet. Heute ist dieser schroffe Gegensatz in den Augen vieler auch unter den Klügsten eine unlösbare Verbindung eingegangen: Nur noch die Furcht vor den unsausdenkbaren Folgen einer Anwendung der in rasendem Tempo fortentwickel-

ten Atomwaffen gebe, so sagt man, eine verlässliche Hoffnung auf Frieden.

Wie keine andere Frage bewegt deshalb die nach der friedlichen oder der kriegerischen Nutzung der Atomkraft die Menschheit. Eine Flut von Aufsätzen und Büchern ist inzwischen dazu erschienen, warnende Aufrufe namhaftester Wissenschaftler der ganzen Welt appellierte an die Einsicht und das Gewissen der Mächtigen, wie gebannt starrt die Menschheit auf diesen Phänomenen. Was sonst geschieht, gleicht dem Bemühen in einem Ameisenhaufen unter den Augen eines Mannes, der dieses kunst- und sinnvolle Gewimmel mit einigen kräftigen Stockschlägen in ein Chaos verwandeln kann.

Und die gleiche, furchtbar drohende Kraft kann, friedlich genutzt, der Menschheit ungeahnte Kräfte der Natur dienstbar machen. In einigen Ländern, vor allem in den USA und Großbritannien, ist in dieser Hinsicht schon sehr viel geschehen, hat das wissenschaftliche und wirtschaftliche Leben durch die Atomkraft ganz neue Züge und mächtige Impulse erhalten. Die allmähliche Ersetzung der traditionellen Energiequellen durch die neue Kraft ist im vollen Gange. Die Genfer Konferenz soll einen neuen wichtigen Schritt vorwärts auf diesem Wege werden.

Auch der Deutsche Bundestag hat sich Mitte Juli mit dieser Möglichkeit befaßt. Die Opposition richtete acht Fragen an die Regierung, die Klarheit über deren Absichten für diese Konferenz schaffen wollten. Sie bezogen sich in erster Linie auf die Zusammensetzung der Delegation einschließlich ihrer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fachberater, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an den grundlegenden Vorträgen und den Fachberichten, auf die möglichst gründliche Unterrichtung der Öffentlichkeit, auf die Heranziehung auch von Vertretern der Gewerkschaften schon im Stadium der Vorbereitung der Konferenz und anderes mehr.

Die Bundesregierung hat darauf geantwortet, indem sie nähere Angaben über den Kreis der Delegierten und Sachverständigen machte, auf den durch Kriegs- und Nachkriegszeit bedingten Rückstand der deutschen Atomforschung hinwies, indem sie weiter erklärte, sie lege vor allem Wert auf die Unterrichtung der Öffentlichkeit nach der Konferenz; sie hat schließlich Maßnahmen angekündigt, die verhüten sollen, dass durch radioaktive Stoffe Schäden entstehen, um nur einige ihrer wichtigsten Mitteilungen zu nennen. Gerade die Genfer Konferenz, so sagte ihr Sprecher, werde "die erste und erwünschte Gelegenheit bieten, Informationen auf breiter Basis zu sammeln." Die Antwort war korrekt, wenn auch gewiss nicht vollbefriedigend.

Die bevorstehende gemeinsame Anstrengung in Genf ist die Grundlage einer großen allgemeinen Hoffnung in der die Menschheit heute am stärksten bewegenden Frage. Sie kann zur Entscheidung darüber werden, welchen Weg man schließlich bei der Anwendung der Atomenergie gehen will, denn ihre Ergebnisse werden im hohen Maße mitbestimmend sein auch für die weiteren Bemühungen und ihre Aussichten, die kriegerische Verwertung dieser gewaltigen Kraft auszuschließen.

## Hoffnung auf Ben Gurion

### Israel nach den letzten Wahlen

dk, Tel Aviv

Nach den Wahlen zum Parlament steht die Frage ganz im Vordergrund, wer der neue Ministerpräsident sein wird. Die meisten Aussichten gibt man nach wie vor dem früheren Regierungschef, Ben Gurion, der nach nationalem und internationalem Ansehen alle seine möglichen Mitbewerber um diesen Posten weit überragt. Ben Gurion war zuletzt Verteidigungsminister im Kabinett seines Parteifreundes Scharett.

Die Aussichten für ihn stützen sich vor allem darauf, dass seine Partei, die sozialistische-zionistische Mapai, immer noch die stärkste des Landes ist, wenn sie auch gegen\*der vorangegangenen Wahl 5 Sitze verlor. Sie verfügt heute über 40 von 120 Sitzen gegenüber 45 im letzten Parlament. Ihr Stimmenanteil beträgt 31,9 %, im Jahre 1951 lag er bei 37,3 %. Der Führungsanspruch von Mapai ist unbestritten. \*über

Mapai ist nicht die einzige Arbeiterpartei mit sozialistischen Tendenzen in Israel. Außer den moskauhörigen Kommunisten gibt es noch die sehr viel kleinere Mapam, die für eine Freundschaft mit dem Sowjetblock eintritt und die westlich orientierte Außenpolitik der Mapai aufs Schärfste bekämpft. Von der Mapam fiel vor einem Jahr die Achdut Haavoda-Poalei Zion ab. Diese neue Partei vertritt zwar eine nationalere Richtung als Mapam, ist aber ebenfalls ein scharfer Gegner der Mapai in Fragen der Außenpolitik. Im neuen Parlament erhält jede der beiden eben genannten Parteien 9 Sitze.

### Der Fall Kastner

Aber nicht nur die Außenpolitik hat Mapais Verluste heraufbeschworen, sondern vor allem auch der "Fall Kastner", der seit langem die Gemüter in Israel erregt. Kastner, ein hoher Funktionär der Mapai, der im Zweiten Weltkrieg als Vertreter der damaligen provisorischen Regierung Palästinas in Ungarn für die Auswanderung verantwortlich war, ist von überlebenden ungarischen Juden angeklagt worden, ungarische Juden an die Gestapo ausgeliefert zu haben. Das Gericht hat gegen Kastner entschieden. Die Mapai hat im Namen der Regierung gegen das Urteil Berufung eingelegt, weil sie die Ansicht vertritt, dass Kastner nicht die Macht hatte, die ungarischen Juden vor ihrem Schicksal zu bewahren.

Der Verlust der Partei der Allgemeinen Zionisten (demokratisch-konservativ) von sieben Sitzen - sie hatten im alten Parlament 20 und haben nunmehr nur 13 - ist nicht sonderlich überraschend. Diese Partei, die aus den letzten Wahlen als die zweitstärkste Partei des Landes hervorgegangen war, vertritt die Interessen des Privatunternehmertums. Ihr Erfolg in den letzten Wahlen war vor allem der Furcht der kleinen Geschäftsleute zuzuschreiben, die sich durch die von den Gewerkschaften sozialistisch geführte Wirtschaft bedroht sahen. Die Allgemeinen Zionisten waren aber als schwache Koalitionspartner der Mapam nicht in der Lage, die Interessen dieser ihrer Anhänger erfolgreich zu vertreten. Bereits vor den Wahlen fielen unzufriedene Gruppen von ihr ab. Es scheint, dass der größere Teil der enttäuschten Privatunternehmer sich der rechtsstehenden, nationalistischen Cherut-Partei zugewandt hat, die ebenfalls ihre Interessen vertritt.

Diese Cherut-Partei, die von 8 Sitzen im alten auf 16 im neuen \*) aufsteigen, ihre Abgeordnetenzahl also verdoppeln konnte, hat einen außerordentlich nationalistisch-aggressiven Charakter. Einer ihrer Führer war der Leiter der antibritischen Kampforganisation "Irgun Zvai Leumi", die mit Terroraktionen Israels Unabhängigkeit zu gewinnen suchte. Wenn sich heute eine große Zahl der Wähler für Cherut entschieden hat, so ist das auch als eine Reaktion auf die Bandung-Konferenz der asiatisch-afrikanischen Staaten zu werten, die auf Forderung der großen arabischen Staaten Israel nicht einladen und in ihrer Palästina-Resolution für die Araber und gegen den israelischen Staat Stellung nahmen. Die fast verzweifelte Lage, in die Israel damit in der Welt gekommen ist, und die immer noch ungelöste Frage der Beziehungen zu den arabischen Staaten, kann die nationalistischen Gefühle des israelischen Volkes geschürt haben. \*) Parlament

#### Schwierige Regierungsbildung

Mit wem der voraussichtliche Ministerpräsident Ben Gurion die Koalition eingehen wird, ist schwer vorauszusagen. Jede Verbindung wird von mehreren Parteien getragen sein müssen und damit wird den kleinen Parteien - es beteiligten sich am Wahlkampf übrigens 23 Parteien bei einer Gesamtählerzahl von 1,2 Millionen! - als mögliches Zünglein an der Waage eine unverhältnismäßig große Bedeutung zugeschoben.

Die Entscheidung über die Art der Verbindung wird nicht leicht sein. Eine Kombination von Mapai mit der reaktionären Cherut müßte ebenso widersinnig erscheinen, wie mit der prokommunistischen Mapam, die man vielleicht als Linkssozialisten nennischer Prägung bezeichnen könnte, oder mit Achdut Haavoda. Allein - die bestimmte Erwartung darauf, dass Ben Gurion wieder seine bewährte Kraft und seine große Erfahrung in den Dienst des Aufbaus Israels und des Friedens stellen werde, bildet ein Moment beruhigender Stabilität.

\* \* \*

#### "Gastrecht" und Souveränität

K.-H.B. Seit dem 5. Mai 1955 ist die Bundesrepublik nach der Version der Bundesregierung souverän. Die ehemaligen Besatzungsmächte haben sich in befreundete Truppen auf deutschem Boden, in sogenannte Stationierungstreitkräfte, verwandelt. Sie sind jetzt Gäste und nicht mehr Herren.

Gäste aber haben z.B. nicht das Recht, Wohnungen deutscher Staatsbürger zu beschlagahmen. Und tatsächlich sind vom 5.5.56 ab, also ein Jahr nach Inkrafttreten des Truppenvertrages alle Beschlag-

nahmen null und nichtig. Bedeutet dies, dass dann alle beschlagnahmten Wohnungen geräumt werden?

Keineswegs. Zunächst einmal sind bis zum Mai nächsten Jahres nur jene beschlagnahmten Wohnungen freizugeben, die länger als 6 Monate leergestanden haben. Dieser Passus dürfte nur rein theoretischer Natur sein, denn wenn ein Haus 5 Monate und 29 Tage unbenutzt war, kann nichts in der Welt, auf keinen Fall aber eine deutsche Bundesregierung es verhindern, dass es am 30. Tage des fünften Monats eben wieder bewohnt ist, wodurch die 6-Monate-Klausel entfiel.

Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung im Artikel 48,2 des Truppenvertrages freiwillig verpflichtet, den Stationierungsstreitkräften "Sachen, Werkleistungen und Liegenschaften" zur Verfügung zu stellen. In der Praxis können die Gästetruppen in deutschen Häusern bleiben, solange sie wollen. Der Eigentümer kann allerdings vom 5.5.56 an ein Verwaltungsstreitverfahren gegen deutsche Behörden anstrengen. Siegt er, wird sein Haus frei, die Bundesregierung jedoch muss der Truppenverwaltung ein anderes Haus zuweisen, mit anderen Worten: sie muß ein neues bauen, da sie nach dem Grundgesetz keine Beschlagnahmen verfügen darf.

Das neue Haus finanziert vorerst noch der deutsche Steuerzahler, jedenfalls solange noch, bis der Truppenvertrag neu interpretiert worden ist. Das steht in krassem Gegensatz zu den unter souveränen Staaten herrschenden Gepflogenheiten. Die amerikanischen Truppen in England oder Island z.B. müssen ihre eigenen Dollars auf den Tisch legen, wenn sie Unterkünfte haben wollen.

Glücklicherweise hat sich das gesamte Problem in den letzten Jahren durch Neubauten aus Besatzungskosten zahlenmäßig verkleinert. In Niedersachsen handelt es sich beispielsweise demnächst nur noch um rund 130 beschlagnahmte Wohnungen.

Aber das kann ebensowenig befriedigen, wie der versöhnliche Hinweis der Bundesregierung, dass möglichst gütliche Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Eigentümern getroffen werden sollen. Entscheidend ist die sonderbare Art von "Gastrecht", die ein kleines Symptom zur großen bundesrepublikanischen Souveränität ist.

Um sein Amt besorgter Oberländer

s. Die Journalisten, die am Dienstagmittag an der Pressekonferenz mit Minister Oberländer teilnahmen, haben deutlich die Verdrossenheit gespürt, mit der Oberländer gerade noch bereit war, die Vorgänge im Rest-BHE und in seiner eigenen Splittergruppe zu kommentieren. So sagte Oberländer ausdrücklich, dass er persönlich unter die Auseinandersetzungen mit dem BHE einen Strich gezogen habe.

Oberländer will seinen Ministerposten behalten und sei es auch als CDU-Mitglied. So haben die meisten der Journalisten seine Antaufgefasst. Aber man hat in Regierungskreisen schon seit längerer Zeit erkannt, dass es dem Bundeskanzler umso schwerer gemacht wird, Oberländer und Kraft in ihren Ämtern zu belassen, je mehr sie noch in die Auseinandersetzungen mit ihren früheren Parteifreunden verwickelt sind. Durch seine Mäßigung in der Kritik an den früheren Parteifreunden versuchte der Minister, sich aus dem Schußfeld zurückzuziehen. Der Rat zu dieser Zurückhaltung an Oberländer kann darum sehr wohl auch von höchster Stelle ausgegangen sein.

Die Restpartei schlägt indessen scharfe Töne gegen die beiden früheren BHE-Minister an. Für von Kessel und Feller gilt das Umgekehrte wie für Oberländer und Kraft. Je mehr sie die beiden Minister angreifen, umso mehr drängen sie den Bundeskanzler zur gewünschten Entscheidung, entweder auf den BHE oder auf die Minister zu verzichten.

So werden im Nachrichtendienst des BHE, der am Dienstag, kurz vor der Pressekonferenz mit Oberländer, an die Journalisten verteilt wurde, Oberländer und Kraft als "Parteiverräter" bezeichnet, als "Verleumder mit schlechtem Gewissen", die "aufgewärmte Lügen" verbreiten. Kraft wird "politischer Primitivismus" vorgeworfen.

Für Außenstehende ist dies ein merkwürdiges Schauspiel, für die Beteiligten sollte es beschämend sein. Man hätte dem BHE Achtung nicht versagen können, wenn der Bruch scharf, aber ohne persönliche Diffamierungen vollzogen worden wäre. So aber verliert die Partei immer mehr den Kredit der öffentlichen Meinung und damit das politische Gesicht.

Verantwortlich: Peter Raunau